



## Niederschrift

42. Sitzung Hauptausschuss  
11. Juli 2023, 16:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz  
Vorsitz: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

3.

**Punkt 3 der Tagesordnung: Mehr Sicherheit für Prostituierte auf dem Straßenstrich**

Antrag: KAL/Die PARTEI

Vorlage: 2022/0799

**Punkt 3.1 auf der Tagesordnung: Umsetzung eines Sexkaufverbots**

Änderungsantrag: SPD

Vorlage: 2022/2186

### **Beschluss:**

Punkt 3: Verwiesen in Fachgremium

Punkt 3.1: erledigt

### **Abstimmungsergebnis:**

Keine Abstimmung

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 3 und 3.1 zur Behandlung auf.

**Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI)** teilt mit, dass er mit der Antwort der Verwaltung nicht zufrieden sei, da es sich um Allgemeinplätze handele. Es gehe darum, vor Ort die Situation der Frauen und der betreuenden Organisationen zu verbessern.

**Stadträtin Melchien (SPD)** erläutert, dass der Antrag die Eindämmung bzw. das Verbot von Sexkauf beinhalte. Es solle geprüft werden, ob zumindest in den Sperrbezirken Sexkauf verboten werden könne, auch um die Perspektive auf das Thema zu verändern. Weiter wünsche sie sich ein Zugehen auf das Regierungspräsidium, um eine weitere Eindämmung vornehmen zu können. Auch sei die Abfrage bei anderen Städten noch offen.

**Stadträtin Wolf (GRÜNE)** teilt den Anspruch, mehr Sicherheit für Prostituierte zu schaffen. Da es bereits die Fachgruppe Prostituiertenschutzgesetz gebe, in der die Vorschläge bereits besprochen worden seien, erachte man diesen Antragsteil als erledigt. Der Fokus müsse derzeit darauf liegen, was von den bereits bestehenden Angeboten erhalten bleiben könne.

**Stadträtin Dr. Dogan (CDU)** berichtet, dass sie an den beiden Treffen der Fachgruppe Prostituiertenschutzgesetz teilgenommen habe und in dieser Gruppe die von der KAL gewünschten Mitglieder enthalten seien. Auch sei die Zusammensetzung sehr breit gefächert. Sie begrüßt, dass der Dialog zwischen Gewerbetreibenden, Anwohnern und der Stadt gestärkt werden solle. Die Umsetzung eines Sexkaufverbots sehe sie kritisch, weil es einerseits an einer rechtlichen Grundlage fehle und andererseits es sich gezeigt habe, dass eine Verlagerung in dunkle Bereiche erfolge, in denen keine soziale oder ordnungsrechtliche Kontrolle stattfinden könne.

**Stadtrat Kalmbach (FWJ/FÜR)** verweist darauf, dass in Karlsruhe zu diesem Thema bereits viel unternommen worden und auch die Vernetzung gegeben sei. Beim Antrag zum Sexkaufverbot sehe er noch zu viele juristische Unwägbarkeiten.

**Stadtrat Hock (FDP)** teilt mit, dass es auch Städte gebe, in denen mehr gemacht werde, als in Karlsruhe. Zum Thema Sexkaufverbot sehe er die gleichen Bedenken, wie Stadträtin Dr. Dogan.

**Stadträtin Binder (DIE LINKE.)** schließt sich ebenfalls den Ausführungen von Stadträtin Dr. Dogan an, was den Antrag zum Sexkauf betrifft. Zum Antrag der KAL sehe sie beim Punkt Nr. 2 noch Verbesserungsmöglichkeiten und dies solle auch in der Arbeitsgruppe weiter behandelt werden.

**Der Vorsitzende** fasst zusammen, dass er die Wortmeldung von Stadtrat Cramer so verstanden habe, dass der Antrag der KAL/Die PARTEI weiter im Gemeinderat behandelt werden solle. Zum Antrag der SPD teilt er mit, dass in der Fachgruppe Prostituiertenschutzgesetz ausführlich über die Städte Stuttgart und Heilbronn berichtet worden sei. Er sagt zu, dass dies gerne nochmals zusammengestellt werden könne und geht davon aus, dass sich der Antrag damit erledigt habe. Er berichtet von Köln, wo es eine bevorzugte Zone mit entsprechendem Equipment gebe, es jedoch vermutlich auch weitere Straßenprostitution gebe, die nicht erfasst werde. Von daher könne nicht davon ausgegangen werden, dass das Einrichten einer solchen Zone insgesamt die gewünschte Sicherheit schaffe.

**Stadtrat Hofmann (CDU)** schlägt zum Antrag der KAL/Die PARTEI vor, anstelle des Verweises im Gemeinderat nochmals eine Behandlung in der Fachgruppe Prostituiertenschutzgesetz durchzuführen.

**Stadträtin Melchien (SPD)** zeigt sich damit einverstanden, dass die Zusammenfassung der Maßnahmen anderer Städte nachgeliefert werde. Es gehe ihr hier vor allem um die Ausstiegskonzepte. Beim 1. Punkt des Antrags gehe es ihr darum, zu prüfen, ob Sexkauf verboten werden könne, da es einen Unterschied darstelle, ob die Prostituierten sich strafbar machen oder die Freier. Sie werde Beispiele nachliefern, die nahelegen, dass dies möglich sei. Sie zeigt sich mit dem Vorschlag einverstanden, dass nochmals ein Austausch mit den Experten stattfinde.

**Der Vorsitzende** sagt zu, dass die gewünschten Mülleimer aufgestellt werden könnten. Er stellt jedoch klar, dass die Einrichtung eines Cafés oder das Aufstellen von Verrichtungsboxen nicht erfolgen könne. Von daher müsste grundsätzlich eine Beauftragung durch den Gemeinderat erfolgen. Es sei aber auch möglich, die offenen Fragen nochmals in der Fachgruppe zu beraten.

**Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI)** teilt mit, dass in der Fachgruppe auch nichtstädtische Stellen mitwirken und es nicht erkennbar sei, dass die Federführung und Entscheidungskompetenz bei der Stadt liege. Die Politik habe innerhalb dieser Gruppe nicht das von ihm in anderen Arbeitskreisen gewohnte Standing. Die vertretenen Gemeinderäte müssten mehr Gewicht bekommen und nicht nur Zuhörer sein. Unter diesen Voraussetzungen könne er sich die nochmalige Behandlung des Themas im der Fachgruppe vorstellen. Letztendlich wolle er jedoch eine Entscheidung des Hauptausschusses oder des Gemeinderats.

**Stadtrat Hofmann (CDU)** schlägt vor, dass die Fachgruppe nochmals unter der Leitung von Bürgermeister Dr. Käuflein zusammentreten sollte um sich auszutauschen und dann gegebenenfalls eine Entscheidung im Hauptausschuss oder Gemeinderat zu treffen.

**Der Vorsitzende** nimmt diesen Vorschlag auf. Er teilt mit, dass er die Kritik an der Arbeitsgruppe nur bedingt nachvollziehen könne und Beschlüsse von diesem nicht gefasst werden können. Er stellt, nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, fest, dass der Antrag der KAL/Die PARTEI nochmals in der Arbeitsgruppe behandelt werde und dann gegebenenfalls im Gemeinderat aufgerufen werde. Zwei Ziffern des SPD-Antrag werden durch die Verwaltung beantwortet und da andere habe sich durch Ziffer 1 erledigt.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –  
24. Juli 2023